

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN ZEITEN DES KLIMAWANDELS

DIE «BEVÖLKERUNGSEXPLSION» IST AUCH EIN KLIMAPROBLEM¹

Für 2050 erwarten die Vereinten Nationen bis zu 10,6 Milliarden Menschen rund um den Globus. «Überbevölkerung» drängt nun auch als Klimaproblem ins Bewusstsein. «Anthropozän» nennt der Chemie-nobelpreisträger Paul Crutzen unser Zeitalter. Etwa seit Mitte des vorletzten Jahrhunderts prägte anthropos, der Mensch, alle Ökosysteme der Erde – so stark, dass eine neue geologische Ära begonnen habe.

Knapp zehn Jahre ist dieser Gedanke alt, gut 150 Jahre lang der so titulierte Zeitraum. Eine Zeit der Emanzipation von der Natur, voll kultureller Potenz, technologischer Herrschaft, weitreichender Einsichten – doch zugleich gepaart mit einer allzu kurzen kollektiven Aufmerksamkeitsspanne. Mit dieser Einsicht

beschämt uns jetzt die britische Royal Society. Sie widmet die jüngste Ausgabe ihrer Wissenschaftszeitschrift *Philosophical Proceedings* B² einem einzigen Anliegen: Es geht um das Bevölkerungswachstum.

Ja, genau um jenes exponentielle Wachstum, von dem in den siebziger und achtziger Jahren so viel die Rede war. Über 40 Forscher warnen nun in den *Proceedings*, dass der Trend zwar ungebrochen sei, dass Politik und Medien ihn jedoch in den letzten 20 Jahren links liegen gelassen hätten. Derweil wuchs die Menschheit auf über 6,5 Milliarden Köpfe. Für 2050 erwarten die Vereinten Nationen bis zu 10,6 Milliarden. 95 Prozent der Zunahme finden derzeit in armen Ländern statt. Jetzt drängt die «Überbevölkerung» wieder ins Bewusstsein, diesmal als

Klimaproblem: Dass Menschen Wälder abholzen und jeden Streifen Grün landwirtschaftlich nutzen, ist ebenso typisch für das Anthropozän wie das industrielle Verheizen von Kohle, Gas und Erdöl. Gerade Menschen im Überlebenskampf können aber keine Rücksicht auf die Umwelt nehmen. Der Energieverschwendung müssten die Industrieländer Einhalt gebieten, dem Bevölkerungswachstum hingegen die Entwicklungsländer, meinen die Autoren. Sonst werde die Welt den Klimawandel und seine Folgen nicht in den Griff bekommen.

Wie ungerecht das klingt! Als wollten die (Erstwelt-)Wissenschaftler jene gegen die globale Erwärmung in die Pflicht nehmen, die dafür am wenigsten verantwortlich sind: die ärmsten Menschen aus den unterentwickelten Ländern. Und gilt nicht wachsender Wohlstand als bestes Mittel gegen übermässige Fruchtbarkeit? Dem ist nicht so. Auch in armen Gemeinschaften beobachteten Forscher, wie die Geburtenrate ohne Druck von aussen sank. Es reichte, wenn Verhütungsmittel und medizinische Versorgung frei zugänglich waren. Sie vorzuenthalten ist unfair, sie bereitzustellen gebietet die Menschlichkeit. «Macht jede Geburt zu einer gewollten Geburt», fordern jetzt die Autoren in den *Proceedings* – bestürzend banal.

Denn schon vor fast vier Jahrzehnten hatte der Club of Rome das Bevölkerungsproblem ins globale Bewusstsein gehoben. Es scheint, als ob die Amnesie einfach dazugehört zum Anthropozän – oder zum Age of Stupid, dem Zeitalter der Dummheit, wie es die britische Regisseurin Franny Armstrong (*1972) nennt. In ihrer gleichnamigen Kinofiktion fragt sich der letzte Überlebende einer Klima-Apokalypse im Jahr 2055, warum die Menschheit nichts gegen ein Problem unternommen hat, das schon seit Jahrzehnten bekannt war.

DER EINFLUSS DES BEVÖLKERUNGSWACHSTUMS AUF DIE WELT VON MORGEN

(The Impact of Population Growth on Tomorrow's World)³

Eine Reduktion des Bevölkerungswachstums ist aus Expertensicht entscheidend, damit die Armen dieser Welt aus den Fesseln der Armut befreit werden und damit künftige Generationen in einer biologisch nachhaltigen Wirtschaft leben können. Die aus verschiedensten Disziplinen stammenden Autoren belegen, wie Grösse, Wachstumsrate und Altersstruktur der Weltbevölkerung mit vielen anderen Schlüsselfaktoren miteinander agieren: vom Klimawandel, eingeschlossen Luftverschmutzung, bis hin zu Konflikten und dem Zusammenbruch der «Governance» (im Sinne der Steuerbarkeit von Staaten). Die bisherige Annahme, die Menschen müssten wohlhabender und besser gebildet sein, bevor sie bereit seien, die Zahl ihrer Kinder zu reduzieren, wird endlich durch ein besseres Verständnis dafür ersetzt, warum vielen Frauen die Kenntnisse und Mittel vorbehalten werden, die sie befähigten, selbständig die Grösse ihrer Familie zu bestimmen. Wenn diese Schranken beseitigt werden, reduziert sich die Familiengrösse, und zwar auch in armen und wenig gebildeten Gesellschaften. Umgekehrt mussten die bisherigen aus den 90er Jahren stammenden Bevölkerungsprognosen bis 2050 für viele Länder nach oben korrigiert werden, und zwar wegen der fehlenden Beachtung der Familienplanung in den letzten zwanzig Jahren (so musste für Kenia mit gegenwärtig 38 Millionen Einwohnern die Bevölkerungsprognose von bisher 54 auf 83 Millionen Einwohnern erhöht werden). Investitionen in Familienplanung und Ausbildung beeinflussen sich gegenseitig synergetisch. Die Experten bezeichnen es als absolut zwingend, dass der grossen und noch steigenden Nachfrage der Menschen nach Familienplanung nun endlich Beachtung geschenkt wird.

³ Philosophical Transactions of The Royal Society, B Biological Sciences, November 12, 2009, (364) 1533; http://rstb.royalsocietypublishing.org/site/2009/population_growth.xhtml

¹ vgl. DIE ZEIT, Hamburg, 24.09.2009, Nr. 40. <http://www.zeit.de/2009/40/Kommentar-Bevoelkerungsexplosion>.

² vgl. *Philosophical Transactions of The Royal Society, B Biological Sciences*, November 12, 2009, (364) 1533: *The Impact of Population Growth on Tomorrow's World*. Compiled and edited by Roger Short and Malcolm Potts. cf. http://rstb.royalsocietypublishing.org/site/2009/population_growth.xhtml (vgl. nebenstehendes Kästchen 0).

News 20.11.2009 - Pressemitteilung der DEZA - Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG IN ZEITEN DES KLIMAWANDELS

Das Klima kann nicht allein durch technische Lösungen stabilisiert werden. Die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung der Armut sind komplementäre Lösungsansätze, die an der Klimakonferenz in Kopenhagen mitberücksichtigt werden sollten. Dies die Empfehlung des Weltbevölkerungsberichts der UNO, der am 20. November 2009 in Bern vorgestellt und von DEZA-Direktor Dahinden kommentiert wurde.

Armut und die damit vielerorts verbundene Übernutzung natürlicher Ressourcen ist ein treibender Faktor der globalen Erwärmung. «Die Bekämpfung des Klimawandels ist nicht nur eine technologische oder finanzielle Frage. Es gibt auch eine demographische Dimension, die wir in die Politik mit einbeziehen sollten», sagte Werner Haug vom Weltbevölkerungsfonds der Vereinten Nationen. Haug verwies darauf, dass eine Mehrheit der Armen weiblich ist. Wird die Situation der Frauen verbessert, kann die Armut nachhaltig bekämpft und ein Beitrag zur Stabilisierung des Klimas geleistet werden.

«Investitionen in die Ausbildung und Gesundheit von Mädchen und Frauen sind seit vielen Jahren schon ein wichtiges

Anliegen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit», sagte DEZA-Direktor Martin Dahinden. Die DEZA finanziert in Mosambik, der Moldau und anderen Partnerländern basismedizinische Gesundheitsprojekte, die die Mütter- und Säuglingssterblichkeit senken. Durch Aufklärungsarbeit über Familienplanung tragen diese Projekte dazu bei, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern und die Geburtenrate zu senken, wie Dahinden ausführte.

Die Ermächtigung von Frauen stärkt die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels. Frauen mit einer höheren Schulbildung und mit Zugang zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit, haben zudem eher kleinere und gesündere Familien. Tiefere Geburtenraten führen zu einem langsameren Wachstum der CO₂-Emissionen. Der State of World Population 2009-Bericht hält fest, dass der Kampf gegen den Klimawandel eher zum Erfolg führt, wenn die Rechte, Bedürfnisse und Potenziale der Frauen in der Klimapolitik berücksichtigt werden. Der 1967 gegründete Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) ist das zentrale Organ der UNO für Bevölkerungsfragen. Die Schweiz arbeitet seit 1973 mit dem UNFPA zusammen und teilt dessen

Die nebenstehende Pressemitteilung und der Kommentar des für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit zuständigen DEZA Direktors Botschafter Martin Dahinden, stützen vollumfänglich die von ECOPOP seit Jahren vertretene These über den engen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Umwelt und Wohlstand. Weiterführende Informationen und Dokumente finden sich auf der Homepage der DEZA, http://www.deza.admin.ch/de/Home/Aktuell/News_Detailansicht?itemID=183851 sowie im UNFPA - State of World Population Report <http://www.unfpa.org/swp/>.

Die Bevölkerungspolitik des United Nations Population Fund (UNFPA) unterstützt massgeblich die Verwirklichung der Ziele der internationalen Gemeinschaft zur Verminderung der Armut und zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung. Konkret sind diese Ziele in den «Millennium Development Goals» (MDG) niedergelegt.

Kernanliegen, insbesondere im Bereich der Frauenförderung.

DIE UNO-MILLENNIUMSZIELE (MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS - MDG)

Im September 2000 verabschiedete der Uno-Millennium-Gipfel eine Erklärung mit acht konkreten Entwicklungszielen, den Uno-Millenniumszielen (MDG). Sie sollen bis 2015 erreicht sein und wollen die schlimmste Armut und den Hunger halbieren, den Zugang für Arme zu sauberem Trinkwasser, Bildung und Gesundheitseinrichtungen massiv verbessern, die Stellung der Frauen stärken und eine nachhaltige Entwicklung sichern. Heute ist klar: Damit die Ziele erreicht werden können, müssen sich alle Länder, vor allem auch die reichen, viel stärker engagieren. Mit der internationalen Finanzkrise drohen die Ziele aber nochmals in die Ferne zu rücken. Auch die Schweiz hat die MDG unterschrieben und ratifiziert.

Unter den MDG aufgeführten zwölf Massnahmen mit raschem positiven Effekt steht: **«Die Erweiterung des Zugangs zu Informationen über sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie zu entsprechenden Diensten, einschliesslich auf dem Gebiet der Familienplanung und der Empfängnisverhütung, und die Schliessung bestehender Finanzierungslücken für entsprechende Versorgungsgüter und Logistik.»** (vgl. http://www.unric.org/html/german/mdg/MP_QuickWins.pdf)

DIE PILLE ALS WALDSCHUTZ: EIN EXEMPLARISCHES PROJEKT DER DSW⁴

Bonga ist ein Regenwaldgebiet im Südwesten Äthiopiens. Gefahr droht dem Wald durch die wachsende Zahl der Bewohner in den Dörfern. Die Menschen sind sehr arm und verfügen oft nicht über das Lebensnotwendigste. Viele Bauern roden den Wald und bebauen das Land, um wenigstens das Überleben ihrer kinderreichen Familien zu sichern. Inzwischen ist der Waldbestand in Äthiopien von 37 Prozent auf drei Prozent gesunken. Viele Menschen am Bonga Regenwald

sehen nicht, dass es einen Zusammenhang zwischen grossen Familien, Armut und Waldzerstörung gibt. «Meine Kinder werden mich im Alter versorgen», davon ist Familienvater Fasil überzeugt. Dass seine Kinder dann vielleicht kein Land mehr vorfinden, das sie bebauen können, sieht er nicht.

Zugang zu Familienplanung verbessert

Im Projekt «Bonga Forest» engagierten sich daher letztes Jahr neben der DSW



(Deutsche Stiftung Weltbevölkerung) und «GEO schützt den Regenwald e.V.»

ein Konsortium aus Unternehmen und Organisationen, um Massnahmen zum Umweltschutz und Angebote zur Familienplanung und Gesundheitsversorgung zu integrieren. Die Zusammenarbeit war erfolgreich: Das Netzwerk von insgesamt 17 Jugendklubs wurde durch intensive Betreuung gestärkt. Insgesamt 2'400 Jugendclubmitglieder konnten sich in kleinen Lerngruppen über Themen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit informieren und austauschen.

Neue, umweltverträgliche Einkommensquellen helfen den Wald zu schützen

Auch wurden im Jahr 2008 grosse Fortschritte erzielt, die wirtschaftlichen Grundlagen der Familien am Bonga Wald zu verbessern und so die Natur zu schützen. Neue Vermarktungsstrategien und Massnahmen zur Qualitätssicherung garantieren den Kaffeebauern ein

Einkommen über den Weltmarktpreisen. Gleichzeitig werden der Wildkaffee in seiner genetischen Vielfalt und seine Heimat, der äthiopische Regenwald, geschützt. Gesundheitsaufklärung zu den Themen Familienplanung, Schutz vor Aids und Geburtshilfe trugen zur entscheidenden Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien in der Region bei. Dieses Projekt der DSW lief bis Ende 2008. Für die Zukunft ist die Einführung eines Biosphärenreservates vorgesehen. ECOPOP plant, im Jahr 2010 ein ähnliches integriertes Projekt der DEZA in Afrika zu unterstützen, welches die Umwelterhaltung mit der Familienplanung verknüpft, wodurch mit weniger Kindern eine nachhaltige Verbesserung des Familieneinkommens und damit eine Wohlstandssteigerung ermöglicht wird.

4 vgl. Homepage der DSW: http://www.dsw-online.de/projektarbeit/aus_unseren_projekten5.shtml?navid=13

Der kürzlich publizierte «UK Parliamentary report» spricht Klartext⁵:

«Die Faktenlage ist eindeutig: Die Millenniums Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs⁶) können kaum oder unmöglich erfüllt werden beim gegenwärtigen hohen Bevölkerungswachstum in den am wenigsten entwickelten Ländern und Regionen. In der Tat sind die MDGs und das Menschenrecht zur Selbstbestimmung über die eigene Kinderzahl untrennbar miteinander verknüpft.»

5 vgl. UK Parliamentary report "Return of the Population Growth Factor: Its Impact on the millennium development goals", London, Januar 2007. <http://www.appg-popdevrh.org.uk/>. Der Bericht ist dort auch auf Deutsch und auf Französisch publiziert.

6 zu den «Millennium Development Goals (MDGs)» vgl. United Nations Development Programme: <http://www.undp.org/mdg/>

FAMILIENPLANUNG ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS

«Familienplanung ist fast fünfmal günstiger als konventionelle Grüne Technologien um den Klimawandel zu verhindern», dies sagt eine kürzlich erschienene Studie der renommierten London School of Economics (LSE)⁷.

Gemäss Daten der UNDP (United Nations Development Programme) können durch Deckung von bisher unerfüllter Nachfrage nach Familienplanung ungewollte Schwangerschaften um 72% vermieden und dadurch das Wachstum der Weltbevölkerung bis 2050 signifikant um eine halbe Milliarde auf 8.64 Milliarden Einwohner reduziert werden. The Telegraph (UK), 9. September 2009⁸

7 <http://www.optimumpopulation.org/reducingemissions.pdf>

8 <http://www.telegraph.co.uk/earth/environment/climatechange/6161742/Contraception-cheapest-way-to-combat-climate-change.html>

OECD: SCHWEIZ SOLL HILFE ERHÖHEN UND ZUSAMMENARBEIT KONZENTRIEREN

BERN - 09.11.09

Die OECD empfiehlt der Schweiz, ihre Entwicklungshilfe weiter zu erhöhen. Ausserdem soll sie ihre Hilfe auf weniger Länder und Bereiche konzentrieren. Das Volkswirtschafts- und das Aussendepartement müssten Doppelpurigkeiten bei der Entwicklungszusammenarbeit vermeiden.

Diese Empfehlungen stehen im Länderbericht des Entwicklungsausschusses der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Schweiz. Dieser bezeichnet die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit in vielerlei Hinsicht als vorbildlich, sieht aber auch Schwächen. So hat die Schweiz 2008 ihre Entwicklungshilfeleistungen gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent auf 2,2 Mrd. Franken gesteigert. Das entspricht 0,42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BNE). Die Schweiz hat damit ihr eigenes 0,4 Prozent-Ziel leicht übertroffen. Gleichwohl sollte sie die Quote von 0,5 Prozent

anstreben und dabei das UNO-Ziel von 0,7 Prozent im Auge behalten, empfiehlt die OECD. Zwei Drittel der öffentlichen Entwicklungshilfe fliesst an die ärmsten Länder.

Trotz Bemühungen um Konzentration ist die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz laut OECD-Meinung immer noch auf zu viele verschiedene Länder und Sektoren verteilt. Priorität müsse weiterhin die Armutsbekämpfung haben.

Punkto Kohärenz hat die Schweiz aber noch Defizite, erklärte Eckhard Deutscher, Präsident des OECD-Entwicklungsausschusses. Sie müsse noch besser klären, wie andere Politikbereiche - Finanzpolitik, Umweltschutz, Migration - sich mit den Entwicklungszielen vereinbaren lassen. Ausserdem sollte die Schweiz ihren institutionellen Rahmen, etwa das Vernehmlassungsverfahren, besser nutzen, um Entwicklungsaspekte in anderen Politikbereichen zu berücksichtigen.

Die Schweiz habe die nötigen Schritte dazu eingeleitet, betonte DEZA-Direktor Martin Dahinden. Im

aussenpolitischen Bericht 2009 wurde die Entwicklungszusammenarbeit als Teil (nicht mehr als Instrument) der Schweizer Aussenpolitik neu positioniert. «Entwicklungspolitik ist heute ein Politikbereich, der Aussen-, Sicherheits-, Handels-, Finanz-, Landwirtschafts- und Umweltpolitik einbeziehen muss», heisst es darin. [sda]

UNSERE NÄCHSTEN ÖFFENTLICHEN VORTRÄGE

Mittwoch, 24. März 2010,
17.00 – 19.30 h (in St. Gallen):

«Der ökologische Fussabdruck in der Schweiz und in der Dritten Welt»:

Mathis Wackernagel (Global Footprint Network, Oakland, California) im Dialog mit Frau Nationalrätin **Dr. med. Yvonne Gilli** (Grüne, SG).



Bild aus dem Film
«The 11th hour» - «5 vor 12»

Trailer:
<http://www.warnerbros.de/11thhour/>

Vgl. auch Footprint Networks News:
http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/newsletter/bv/humanity_now_demanding_1.5_earths/

Wir informieren über diesen Vortrag und weitere Aktivitäten rechtzeitig auf unserer Homepage www.ecopop.ch. Die Empfänger unseres Newsletters informieren wir per E-Mail. Wenn Sie in Zukunft diese und weitere aktuelle Informationen möglichst umgehend wünschen, so können Sie uns das über folgende Adresse mitteilen: http://www.ecopop.ch/?option=com_contact&Itemid=3&menucat=KONTAKT

Das in unserem Bulletin Nr. 56 auf September 2009 angekündigte Referat von Prof. Dr. Franz Joseph Radermacher muss wegen einer Terminkollision gestrichen werden. Nachstehend finden Sie eine sehr gute Zusammenfassung seiner Politik:

«THE GLOBAL MARSHALL PLAN» UND ÖKO-BALANCE

Prof. Dr. Franz Joseph Radermacher (Universität Ulm) ist einer der Hauptinitianten vom «Global Marshall Plan». Er ist Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Aussenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien und Mitglied des Club of Rome. Er schrieb das Vorwort im eben erschienenen Büchlein unseres Vorstandsmitglieds Markus Zimmermann-Scheifele «Öko-Balance», einem Gedichtband gewürzt mit Humor, mit Cartoons von Dominic Burkhalter:

„Die globale Situation ist kritisch und gekennzeichnet durch eine hohe Überbevölkerung, zu weitgehende Ressourcennutzung und Umweltverschmutzung sowie zu hohe Beschleunigung aller Innovationsprozesse im Rahmen der Globalisierung und des Übergangs in eine weltweite Informations- und Wissensgesellschaft. Hinzu kommt in jüngerer Zeit das fortdauernde Gefahrenpotential, das aus einem völlig ungenügend regulierten Weltsystem resultiert, das in den letzten Jahren zu einem gigantischen Umverteilungsmechanismus von vielen zu wenigen geworden ist. Die damit zusammenhängende extreme Ver-

schuldung der Nationalstaaten kommt erschwerend hinzu. Es drohen in dieser Situation kurzfristig erhebliche Probleme im Bereich der Realwirtschaft und mittel- bis langfristig ein ökologischer Kollaps oder asymmetrische Machtzugriffe auf begrenzte Ressourcen mit den möglichen Folgen einer Brasilianisierung/Neofeudalisierung bzw. eines Bürgerkriegs und Terror.

All diese Probleme sind in verträglicher Weise wohl nur in Form eines neuen Gesellschaftsvertrags, einem Ansatz der Balance für Alle vorteilhaft zu bewältigen. Wesentliche Lösungselemente erfordern einerseits Innovation und Fortschritte auf der technischen Seite (Steigerung der Ressourcenproduktivität, Dematerialisierung), andererseits massive Innovationen im Bereich der Global Governance, also der weltweiten Regulierungssysteme. Ordnungspolitisch erfordert dies die Durchsetzung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft statt des heutigen «Turbokapitalismus». In prägnanter Form heißt das Programm, das aktuell endlich verstärkte Aufmerksamkeit erfährt, «ökosozial statt marktradikal».

Der Weg zu einer weltweiten ökosozialen Struktur ist schwierig. Fest verankerte

Regulierungsmechanismen, mächtige Interessenvertretungen und ein weitgehendes Unverständnis der wahren Wirkungskräfte bei den meisten Bürgern angesichts der verwirrenden Verhältnisse erschweren gemeinwohlorientierte Veränderungen. Wenn überhaupt, kann eine bessere Zukunft wohl nur erreicht werden auf der Basis einer neuen Aufklärung in Zeiten der Globalisierung. Das ist ein anspruchsvolles Unterfangen.“

Das ansprechende Büchlein «Öko-Balance» kann über unser Sekretariat zum Vorzugspreis von Fr. 12.- bestellt werden (im Buchhandel zu Fr. 15.-) und wäre auch als Geschenk sehr geeignet. Im Büchlein werden aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse in poetischer Form dem Leser nähergebracht und es gibt gleichzeitig die Ziele von ECOPOP sehr schön wieder. Bestelladresse: Sekretariat ECOPOP, Postfach 1746, 8401 Winterthur, oder elektronisch: http://www.ecopop.ch/index.php?option=com_content&task=order&id=73&Itemid=123

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM IN DER SCHWEIZ: ODER: WIEVIEL BETON ERTRÄGT UNSER LAND?

Die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz unterscheidet sich, über einen längeren Zeitraum betrachtet, kaum vom exponentiellen Bevölkerungswachstum auf der Erde. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Bevölkerung der Schweiz weit mehr als verdoppelt (+133%): von 3,3 Millionen (1900) auf 7,7 Millionen (2008). Seit den 80er Jahren übertrifft der Wanderungszuwachs den Geburtenüberschuss deutlich. Die Bevölkerungsdichte in der Schweiz, berechnet aus Einwohnerzahl (Ende 2008: 7,7 Mio.) und Fläche (41'000 km²), ergibt gegenwärtig 188 Einwohner pro km². Diejenige von Österreich - ein vergleichbares Gebirgsland - beträgt 99 Einwohner pro km², ist also nur etwas mehr als halb so hoch wie diejenige der Schweiz. Betrachtet man nur das

schweizerische Mittelland, so ergibt sich eine Dichte von 475 Einwohner pro km². Die Schweiz ist damit eines der dichtest bevölkerten Länder nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt.

Gemäss dem neusten Umweltbericht der Bundesämter für Statistik und für Umwelt¹¹, nahm die Umweltbelastung in der Schweiz in den letzten Jahren noch zu - und dies trotz anerkannt grosser Anstrengungen. Dies hat einerseits mit der Lebensweise zu tun, aber gleichzeitig mit der gestiegenen Wirtschaftsleistung und der steigenden Bevölkerungszahl. Diese beunruhigenden Fakten publizierte der Tages-Anzeiger am 4. Juni 2009 unter dem sprechenden Titel «Mehr Müll, mehr Verkehr, weniger Boden.¹²»

Im Folgenden einige Schlüsselaussagen

aus dem Umweltbericht:

«Seit 20 Jahren ist es ungewöhnlich heiss. Der Schweizer legt im Jahr durchschnittlich 15'700 Kilometer zurück. Die Versiegelung der Landschaft nimmt pro Jahr ein Prozent zu. Kein Land ausser Dänemark produziert mehr Siedlungsabfall in Europa. Es wird 23 Prozent mehr Strom verbraucht als 1990. Über eine Million Menschen sind übermässigem Lärm ausgesetzt. Jeder Schweizer produziert im Jahr 720 Kilogramm Abfall. Die Schweiz gehört in Europa zu den Ländern mit der höchsten Autodichte.»

¹¹ vgl. Umweltbericht Schweiz 2009: http://www.bafu.admin.ch/publikationen/publikationen/01039/index.html?lang=de&show_kat=/publikationen/00003

¹² vgl., <http://www.tagesanzeiger.ch/mobile/wissen/natur/So-umweltfeindlich-leben-wir/s/10223011/index.html>

«REKORDWACHSTUM» 2008: BEVÖLKERUNG WUCHS SO STARK WIE SEIT 40 JAHREN NICHT MEHR

Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz hat 2008 um 1,4 Prozent oder 108'400 Personen zugenommen. Die Zuwanderung ist der Hauptgrund.

Die Wohnbevölkerung der Schweiz ist letztes Jahr so stark gewachsen wie seit mehr als 40 Jahren nicht mehr. 7'701'900 Einwohnerinnen und Einwohner zählte die Schweiz am 31. Dezember 2008 gemäss den definitiven Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS). Damit nahm die ständige Wohnbevölkerung innert Jahresfrist um 1,4 Prozent oder 108'400 Personen zu. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die Zuwanderung: 2008 verzeichnete die Schweiz laut BFS 184'300 Einwanderungen. Eine so hohe Zahl gab es noch nie, seit 1981 mit der Führung detaillierter Statistiken zu den Ein- und Auswanderungen begonnen wurde. Werden von den Einwanderungen die Auswanderungen abgezählt, ergibt sich ein Saldo von 98'200 Personen. Dieser Saldo stieg im Vergleich zum Jahr 2007 um 30 Prozent und war seit 1961 der höchste in der Geschichte der Demografie in der Schweiz. Der Geburtenüberschuss betrug 2008 15'500 Personen und machte damit weniger als zehn Prozent des gesamten Wachstums aus. Gegenüber 2007 nahm der Geburtenüberschuss lediglich um 15 Prozent zu.

Das BFS weist darauf hin, dass der Bevölkerungsanstieg allgemein im Zusammenhang mit der damaligen guten Wirtschaftslage und der im Juni 2007

eingeführten Personenfreizügigkeit zu betrachten ist. Im europäischen Vergleich gehört die Schweiz laut BFS somit zu den «dynamischsten Ländern gemessen an der Bevölkerungszunahme». Erstmals gab es zudem über sechs Millionen Schweizer Bürger, womit der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung sich Ende 2008 auf 21,7% beläuft (ohne Kurzaufenthalter und Personen im Asylprozess). Die Schweiz gehört somit zu den europäischen Ländern, wo im Verhältnis zur Bevölkerungszahl am meisten Ausländer wohnen. Einzig Luxemburg und Liechtenstein weisen noch höhere Anteile auf.

In einer anfangs November 2009 von ECOPOP veranlassten repräsentativen Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut ISOPUBLIC, welche zum Ziel hatte, die Meinung der Schweizer Bevölkerung zum Thema Bevölkerungswachstum - und zwar sowohl in der Schweiz als weltweit - zu ermitteln, wurden einerseits Fragen zu folgenden Themen gestellt: «Empfundene Einengung der Lebensverhältnisse, wahrgenommener Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltbelastung, schweizerische Asyl- und Ausländerpolitik und Begrenzung der Zuwanderung». Andererseits wurde die Einstellung zu folgenden Themen erfragt: «Unterstützung der Familienplanung in der Dritten Welt, Erhöhung der schweizerischen Entwicklungshilfe und Förderung von friedensfördernden Massnahmen». Da diese aktuelle Umfrage an eine analoge

von 1998 anknüpfte, welche ebenfalls von ECOPOP in Auftrag gegeben worden war, konnte gleichzeitig ein Trend über die letzten zehn Jahre ermittelt werden. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind auf der Homepage von ECOPOP aufgeschaltet. Wichtigste Folgerungen daraus sind einerseits, dass die Ausländerskepsis eher abgenommen hat, dass aber gleichzeitig 60% der Befragten der Aussage zustimmten, dass das Bevölkerungswachstum in der Schweiz wesentlich zur Umweltbelastung beigetragen hat. Zu viel Verkehr und eine zu starke Zersiedelung der Umwelt waren die beiden meistgenannten Faktoren, die als Einengung der Lebensverhältnisse empfunden werden. Dabei wurde 2009 der Verkehr gegenüber 1998 signifikant häufiger als einengend empfunden.

Zusätzlich spricht sich eine überwiegende Mehrheit der Befragten (65%) für eine Begrenzung der Nettozuwanderung auf maximal 50'000 Personen (und weniger) pro Jahr aus, nur 17% der Befragten will keine Begrenzung der Einwanderung. Andererseits befürwortet je eine Mehrheit von etwa zwei Dritteln der Befragten eine finanzielle Unterstützung der Familienplanung in der Dritten Welt und ein Engagement der Schweiz für friedensfördernde Massnahmen. Diese beiden entwicklungspolitischen Massnahmen werden 2009 von der Schweizer Bevölkerung sogar signifikant stärker unterstützt als 1998. Knapp zwei Drittel der Befragten würden Geld für die Unterstützung einer freiwilligen Familienplanung in der Dritten Welt spenden. Dabei sind humanitäre Gründe für eine deutliche Mehrheit der Befragten für das Spenden entscheidend.

WAS SCHLÄGT ECOPOP VOR?

Es muss nun endlich zur Kenntnis genommen werden, dass die lokal und weltweit ansteigende Menschenzahl («Bevölkerungsexplosion») ein wesentlicher Faktor beim Klimawandel und somit beim Umweltschutz darstellt.

Die **mittelfristige Stabilisierung der Bevölkerungszahl weltweit - aber auch in der Schweiz** - muss deshalb ein erst-rangiges Ziel sein. **Was ist konkret zu tun?**

Global gesehen muss in der Entwicklungszusammenarbeit viel mehr Nachdruck auf die **Familienplanung** als entscheidende Massnahme gelegt werden, um in der Dritten Welt das Bevölkerungswachstum zu reduzieren und so den Wohlstand nachhaltig zu fördern.

Und in der Schweiz: Auch in unserem Land hat allein seit **1985 bis Ende 2008 die Wohnbevölkerung um weit über 1,2 Millionen Menschen**, von 6'484'800 auf 7'702'000 bzw. **um 18,8%**, zugenommen, und hier vor allem verursacht durch Einwanderung. Zwecks Erhaltung einer zukünftig noch lebenswerten Umwelt muss deshalb die Einwanderungspolitik sachlich und objektiv überdacht werden, beispielsweise mit dem Ziel, einen **wesentlich reduzierten Wanderungssaldo** zu erreichen. Dies wäre konkret durch eine Reduktion der Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern zu erreichen, die bisher allein fast die Hälfte des Bevölkerungszuwachses ausmachte. Da neuerdings - trotz Wirtschaftskrise - auch im Jahr 2009 kaum eine erhöhte Rückwanderung erfolgte, wird auch dieses Ziel zu überdenken sein. Unsere Wirtschaft wird sich so auf dem Standort Schweiz auf vorwiegend qualitatives Wachstum, mit kapitalintensiven Produkten und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung (u.a. mit Automation) und effizientem Ressourcenverbrauch («Grüne Technologien») konzentrieren. Dies auch entsprechend dem demographischen Wandel mit abnehmendem Potenzial an einheimischen Arbeitskräften. Auf diese Weise kann sich die schweizerische Wirtschaft hochkompetitiv behaupten, und zwar sowohl in Europa als auch in den wachsenden Volkswirtschaften der aufstrebenden Länder der Dritten Welt. Im Herbst 2009 und im Winter 2009 fanden diese Anliegen in der Schweizerischen Öffentlichkeit eine ausserordentlich hohe Resonanz.

«REKORDWACHSTUM 2008»: REAKTIONEN IN DER ÖFFENTLICHKEIT, DEN MEDIEN UND DER POLITIK

Entgegen den Erwartungen des Bundesrates - und im Gegensatz zum Verlauf in früheren Jahren - ging die Rückwanderung im Jahr 2009 trotz der Rezession nur wenig zurück und stagnierte auf hohem Niveau, und dies bei nur leicht reduzierter Zuwanderung. Für 2009 rechnet deshalb das Bundesamt für Migration mit einer Nettozuwanderung von über 70'000 Personen. Es wird befürchtet, dass dadurch ein Verdrängungskampf um Arbeitsplätze entsteht. Diese Fakten führten zunehmend zu Reaktionen in der Öffentlichkeit, den Medien und seitens der politischen Meinungsträger. Aus der Vielzahl der besorgten Reaktionen seien im folgenden einige Schlagzeilen ernsthafte Medien herausgegriffen, wobei auch die zahlreichen Leserbriefe bemerkenswert sind:

- Letzte Chance für Kontrolle der EU-Zuwanderung, NZZ am Sonntag, 10. Mai 2009¹³;
- Wirtschafts-, nicht Bevölkerungswachstum braucht das Land. Über staatliche Geburtenförderung, Ressourcenknappheit und Überbevölkerung (Prof. Rainer Eichenberger) in NZZ vom 23. Mai 2009¹⁴;
- Arena, Schweizer Fernsehen:

- Schweizer zuerst? 15. Mai 2009¹⁵;
- Zuwanderung jenseits der Ideologie, Der Bund, Bern, 9. September 2009¹⁶;
- Es wird eng in Zürich. Tages-Anzeiger, 11. September 2009¹⁷;
- Trotz Krise: 72 Prozent mehr Einwanderer, SonntagsZeitung, 29. November 2009¹⁸;
- Der Verdrängungskampf, SonntagsZeitung, 29. November 2009¹⁹;
- Die Schweiz der Betonierer, in: Journal Franz Weber, September 2009, Montreux²⁰;
- Arena, Schweizer Fernsehen: Übervölkerung, 30. Oktober 2009²¹;
- Arena, Schweizer Fernsehen: Personalfreizügigkeit kündigen?, 27. November 2009²²;
- Im Parlament wurden verschiedene politische Vorstösse von Links bis Rechts angekündigt.

- 13 http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/letzte_chance_fuer_kontrolle_der_eu-zuwanderung_1.2526743.html?printview=true%20
- 14 http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/wirtschafts_nicht_bevoelkerungswachstum_braucht_das_land_1.2609777.html
- 15 <http://www.sf.tv/sendungen/arena/index.php?docid=20090515>
- 16 <http://www.derbund.ch/bern/dossier/perspektiven/Zuwanderung--jenseits-der-Ideologie/story/20049720>
- 17 <http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Es-wird-eng-in-Zuerich/story/21442510>
- 18 <http://www.sonntagszeitung.ch/home/artikel-detailseite/?newsid=109371>
- 19 <http://www.sonntagszeitung.ch/fokus/?newsid=&type=8>
- 20 http://typo3.fw.ch/uploads/media/DE_LoRes.pdf
- 21 <http://www.sf.tv/sendungen/arena/index.php?docid=20091030>
- 22 <http://www.sf.tv/sendungen/arena/index.php>

Ein sehr treffendes Zitat eines grossen Wissenschafters und gleichzeitig dem Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden der Union of Concerned Scientists:

«If we don't halt population growth with justice and compassion, it will be done for us by nature, brutally and without pity - and will leave a ravaged world.»

*Prof. Dr. Henry W. Kendall
(Physik-Nobelpreis 1990)*

100'000 Einwanderer (Leserbrief in der Zürichsee Zeitung vom 28. November 2009)

Trotz Krise und Arbeitslosigkeit werden auch dieses Jahr 100'000 Einwanderer notiert werden. Diese beanspruchen 4,6 Mio. Quadratmeter Wohnfläche, 42 Quadratkilometer Verkehrsfläche, 4,2 Mrd. kWh mehr Energie. Sie setzen 50'000 Autos zusätzlich auf die Strassen und produzieren 36'000 Tonnen Siedlungsabfall sowie 16'000 Tonnen Sondermüll. (Zahlen aus dem Landesdurchschnitt umgerechnet.) Weiterhin wird jede Sekunde ein Quadratmeter Kulturland verbaut.

Gemäss Ruedi Noser soll die Einwanderung gefördert werden, denn sie bringt Arbeitsplätze. Fragt sich nur für wen? Und wenn der letzte grüne Fleck verbaut ist? Keine Angst, die Bauwütigen wissen schon einen Ausweg: Wir bauen in die Höhe, 126 m sind schon in Arbeit.

Vielleicht taget's aber doch vorher. Die Grüne Yvonne Gilli: «Einfach auf eine liberale Migrationspolitik zu setzen ist naiv. In der Schweiz hat es nun einmal nicht Platz für die ganze Welt.» - Wie wahr!

Ernst Wolfer, Wädenswil

Einsenden an Sekretariat ECOPOP, Postfach 1746, CH-8401 Winterthur oder elektronisch auf unserer Homepage www.ecopop.ch

TALON

- Ich interessiere mich für die ECOPOP, bitte senden Sie mir Unterlagen.
- Ich möchte die Ziele der ECOPOP unterstützen und werde Mitglied (Beitrag Fr. 40.- / Nichtverdienende Fr. 20.- / Familien Fr. 50.-).
- Senden Sie mir «Bevölkerungsreduktion – Warum eine Bevölkerungsreduktion mehr Wohlstand ermöglicht» (gegen Fr. 3.- in Marken).

Absender/in:

Name/Vorname:

Adresse:

Datum:

Unterschrift:

57



Präsidium

Dr. Patrick Felder, 9472 Grabs

Redaktion

Albert Fritschi, lic. oec. publ.
Postfach 1746, CH-8401 Winterthur
redaktion@ecopop.ch

Sekretariat

Postfach 1746, CH-8401 Winterthur
Telefon 052 301 33 14, Fax 052 301 33 15
sekretariat@ecopop.ch, Postkonto 30-35461-7
IBAN CH17 0900 0000 3003 5461 7
www.ecopop.ch

Unterstützungskomitee für ECOPOP:

Margrit ANNEN-RUF, Luzern – Prof. Hans Christoph BINSWANGER, St. Gallen – Sonja CRESPO, Zürich – Dr. iur. Bernhard GELZER, Basel – Prof. Jürg A. HAUSER, Weggis – Prof. Otto HEGG, Bern – Dr. med. Remo ITIN, Chur – Prof. Hans Jörg LEISI, Nussbaumen – Dr. med. Roland MATTER, Basel – Dir. Walter PALMERS, Sursee – Prof. Hans W. POPP, Liebefeld – Prof. Manfred REHBINDER, Zürich – Prof. Peter SCHIESS, Basel – Prof. Pierre-André TSCHUMI, Bern